



LIECHTENSTEINER Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Balzers in Lauerstellung

Dank starkem Endspurt überwintert der FC Balzers auf dem zweiten Tabellenrang. 17

Ein eiliger Neuanfang

Werdenberger Unternehmer sicherten sich die Rechte an der Werdenberger Messe Wiga. 3

Telefon +423 / 236 18 70
Ospelt Elektro-Telekom AG
www.ospeltelkro.com



Alles klar geregelt

Hundegesetz wird nicht abgeändert 2

Energy Award

Planken und Ruggell mit Gold ausgezeichnet 6

100 Gramm Kokain

Der Postbote war eigentlich ein Polizist 9

TAK mit Verlust

Es wurden langjährige Förderer verloren 15



Wechsel

Karin Quaderer verabschiedet sich vom KIT. 7

Sapperlot

Erschreckende Resultate lieferte dieser Tage eine Studie der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW). 8000 Jugendliche im Alter von 17 bis 18 Jahren wurden befragt – darunter auch rund 670 muslimische junge Menschen, die in der Schweiz leben. Von diesen findet jeder Fünfte, dass die islamischen Gesetze der Scharia besser wären als die Schweizer Gesetze. Das lässt aufhorchen. Mit der Religionsfreiheit wäre es dann vorbei. Jeder Dritte von diesen Jugendlichen glaubt, dass nur der Islam die Probleme der Zeit lösen kann und 26 Prozent finden, Andersgläubige sind weniger wert als Muslime. Neben diesen religiös-fanatich eingestellten Jugendlichen hat die Studie noch Weiteres ans Licht gebracht. Sechs Prozent der Jugendlichen sind gemäss der Studie rechtsextrem und weitere sieben Prozent links-extrem. Es bleibt zu hoffen, dass diese extremen Ansichten mit dem Alter- und Reiferwerden bei allen drei Gruppen verschwinden. *Philipp Kolb*

DIE ERSTEN TEAMS SIND
SCHON ANGEMELDET! UND DU?



jetzt Team bilden und anmelden:
www.doerferduell.com

Landesspital: Vertrauen in Stiftungsrat schwindet

Landtag Die Abgeordneten haben gestern den Darlehensverzicht gegenüber dem Landesspital abgelehnt. Das Vertrauen in die strategische Führung ist angeschlagen.

Patrik Schädler
pschaedler@medienhaus.li

Gesundheitsminister Mauro Pedrazzini hat beim Landtag beantragt, auf das Staatsdarlehen an das Landesspital über 2,3 Millionen Franken zu verzichten. Damit wollte die Regierung die Bilanz des Landesspitals sanieren. «Das Darlehen liegt wie Blei in der Bilanz des Landesspitals», so Pedrazzini. Doch der Regierungsantrag erhielt mit 12 Stimmen im Parlament keine Mehrheit. Damit wird das Landesspital weiterhin mit einer dünnen Kapitaldecke leben müssen.

Wie Stiftungsratspräsident Michael Ritter bereits am Dienstag in einem Interview mit Radio L erklärte, ist dies für das Landesspital zu verkraften, «da wir im nächsten Jahr einen Gewinnbudgetieren können.» Diese Aussage hatte einige Abgeordnete irritiert, vor allem auch deshalb, da man im letzten Jahr dem Landesspital eine Finanzspritze von 4,5 Millio-

nen Franken zur Sicherung der Liquidität genehmigen musste und die Regierung im Antrag noch vor einer Überschuldung des Spitals warnte. «Die Situation erinnert mich leider an die Situation bei Radio L. Dort waren die Annahmen zu den Werbeeinnahmen in keinem der letzten Jahre richtig, seit ich im Landtag bin. Das führt nicht dazu, dass Vertrauen in die Verantwortlichen aufgebaut werden kann», erklärte etwa der FBP-Abgeordnete Eugen Nägele.

Opposition geschlossen für eine Kursänderung

Überraschend erklärte Nägele auch: «Liechtenstein braucht nicht zwingend ein Landesspital und vor allem nicht zu jedem Preis.» Er sprach sich für die Rückkehr zum Belegarztmodell aus, mit dem früher höhere Fallzahlen generiert wurden. «Falls für die Rückkehr zu diesem Modell im Landesspital gewisse personelle Veränderungen, in der oberen Etage, notwendig werden, dann

habe ich durchaus Verständnis dafür», so Eugen Nägele vielsagend.

Deutlicher wurde dies bezüglich die Neue Fraktion. Thomas Rehak hätte am liebsten eine Vertrauensabstimmung über den Stiftungsrat durchgeführt. Sein Fraktionskollege Erich Hasler erklärte: «Es braucht neue Köpfe, welche die heutige Strategie hinterfragen, Belegärzte zurückgewinnen können und neues Vertrauen schaffen können.» Auch für Harry Quaderer (DU) wäre es Zeit, jetzt «Stopp» zu sagen. «Wir fahren weiterhin eine Strategie, welche erwiesenermassen nicht funktioniert», so Quaderer. Für ihn kommt nur eine Kooperation mit dem Spital Grabs in Frage. Auch für die Freie Liste ist die gewählte Strategie der Regierung und des Stiftungsrates seit Jahren «völlig realitätsfern», wie Fraktionssprecher Georg Kaufmann in einer Fraktionserklärung ausführte. Die Freie Liste sieht die Zukunft des Landesspitals in der

Geriatric, Rehabilitation und Palliativpflege «als Ergänzung zum Akutgrundversorger Grabs für die Bevölkerung Liechtensteins» als wirklichen Mehrwert. Der Schuldenerlass «über 2,3 Millionen Franken ist unseres Erachtens ein nächster Schritt in die falsche Richtung. Solange nicht ein regional und der medizinischen Realität angepasster Leistungsauftrag für das Landesspital auf dem Tisch liegt, verschwinden auch diese Millionen in einem schwarzen Loch. Weitere Fehlinvestitionen werden folgen.»

Manfred Kaufmann fordert transparentere Zahlen

Die Abgeordneten der Regierungsparteien VU und FBP wollen an einem eigenständigen Grundversorgungsspital festhalten. So war es gestern der VU-Abgeordnete Manfred Kaufmann, der mit einem Alternativvorschlag eine Mehrheit fand und gleichzeitig die Vorlage einer transparenteren Bilanz forderte. 5

Demokraten fordern Anhörung wegen Sessions

Washington Nur wenige Tage nach den Midterms stehen die USA vor einem weiteren politischen Konflikt. Die demokratischen Kongressabgeordneten haben zur Entlassung von Justizminister Jeff Sessions durch Präsident Donald Trump dringliche Anhörungen gefordert. Es drohe eine Verfassungskrise, hiess es am Donnerstag in einem Brief. Die Handlungen des Präsidenten haben das Land in Gefahr gestürzt. Durch die erzwungene Entlassung des Justizministers bedrohe Trump die Rechtsstaatlichkeit. Allerdings haben die Republikaner noch bis Anfang Januar die Mehrheit im Repräsentantenhaus und entscheiden deshalb über Anhörungen. Die Abgeordnetenkammer dürfte ab dann von Nancy Pelosi angeführt werden. Die 78-jährige gilt als aussichtsreichste Kandidatin. Die Demokratin strebt ein «unabhängiges» Parlament an, das explizit den Auftrag habe, der Regierung von Donald Trump auf die Finger zu schauen. (sda) 29

Geldspielgesetz tritt 2019 in Kraft

Spielbanken Ab dem 1. Januar können Schweizer Casinos Gesuche für Onlinespiele wie Roulette oder Poker stellen. Der Bundesrat hat das neue Geldspielgesetz auf diesen Zeitpunkt in Kraft gesetzt. Die Bestimmungen zur Zugangssperre werden ein halbes Jahr später rechtskräftig. Wer auf einer illegalen Seite landet, wird auf eine Informationsseite weitergeleitet mit dem Hinweis, dass das Spiel nicht bewilligt sei. Im ersten Halbjahr 2019 werde er über Gesuche für Konzessionserweiterungen entscheiden, teilte der Bundesrat gestern mit. Bewerber dürfen sich nur Anbieter mit Sitz in der Schweiz. (sda)

Amokschütze tötet zwölf Menschen

USA Ein Mann hat in einer Bar in Kalifornien zwölf Menschen getötet. Das teilte ein Sprecher des Sheriff-Büros am Donnerstag mit. Zu den Toten zähle auch ein Polizist, der als erster den Tatort betreten hatte und durch mehrere Schüsse getroffen wurde. Auch der Schütze ist nach Angaben der Behörden tot. Mehr als ein Dutzend weitere Menschen seien im Lokal «Borderline Bar & Grill» in Thousand Oaks teils schwer verletzt worden. Am Mittwochabend hatte ein Mann das Feuer auf die Gäste eröffnet. (sda) 16

Einen Tag lang Berufsluft geschnuppert



Zukunftstag Tausende Mädchen und Buben haben gestern in Liechtenstein und in der Schweiz in knapp 4000 Betrieben und Organisationen Vater und Mutter an den Arbeitsplatz begleitet. In Liechtenstein fand der Zukunftstag viel Zuspruch. Im Medienhaus verbrachten Natanael Kalberer und Chiara Flammer einen spannenden Tag. 8, 10, 11

Bild: pd

